

Es reicht hinten und vorne nicht!

Ein »Neuanfang in der Politik« sieht anders aus. Stellungnahme der Bremer Mitgliederversammlung zum Haushaltsentwurf für den Bereich Schulen

■ Am 04. Mai wurde der Doppelhaushalt 2016/17 in der Bürgerschaft vorgelegt. Am 15. Juni soll er endgültig verabschiedet werden. Nun haben wir es schwarz auf weiß: Von einem »Neuanfang in der Politik des Senats«, die der Bürgermeister nach der Wahl versprach, kann keine Rede sein.

Von den versprochenen 200 Stellen sind nur 120 finanziert:

Zwar hatte der neue Präsident des Senats vor seiner Kandidatur 200 neue Lehrerstellen angekündigt, es gibt aber nur 120 (106,5 in Bremen und 13,4 in Bremerhaven). Die übrigen 80 sollen durch Kürzungen im Bildungsressort erwirtschaftet werden. Das ist eine Mogelpackung. Die 80 Stellen müssen als erhöhte Personalzielzahl im Haushalt verankert und entsprechend finanziert werden.

Lehrkräftemangel und Ausbildung:

Über 300 Unterrichtsvertretungen werden zurzeit von Kräften ohne zweites Staatsexamen wahrgenommen. Dieser Skandal war absehbar: Aufgrund des hohen Einstellungsbedarfs hatte die Bildungsdeputation Anfang 2010 beschlossen, die Zahl der Referendariatsplätze von 450 auf 550 zu erhöhen. Aber als die Senatorin Jürgens-Pieper 2012 verpflichtet wurde Stellen abzubauen, schaffte die Bildungsbehörde die Plätze wieder ab. Angesichts des BewerberInnenmangels ist die Aufstockung um 100 Ausbildungsplätze dringlich.

Zusatzbedarf für die Flüchtlingsintegration:

Laut Mitteilung der Bildungsbehörde kommen in den allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17 832 zusätzliche Kinder und Jugendliche in die Regelklassen der Grund- und Oberschulen. Hierfür sind 37,8 LehrerInnenstellen vorgesehen. Soll

die Schüler/Lehrer-Relation (13,3 im allgemeinbildenden System) nicht verschlechtert werden, sind demgegenüber 61,2 Stellen erforderlich.

Sozialarbeit:

Im berufsbildenden Bereich sind 67 Vorkurse eingerichtet worden und 23 in Vorbereitung. Nach den Vorkursen sind 15 Klassen für Berufsvorbereitung mit Sprachförderung geplant. Insgesamt sind für Sozialarbeit an Schulen nur 10 neue SozialarbeiterInnenstellen vorgesehen. Diese reichen kaum für die allgemeinbildenden Schulen aus. Im Bereich der Vorkurse und Berufsvorbereitungskurse mit geflüchteten Jugendlichen ist der Bedarf an Sozialarbeit mindestens ebenso groß wie an den Werkschulen. Daher muss die dortige Regelung (1 SozialarbeiterInnenstelle auf drei KLV) auch hier übernommen werden.

Sprachförderung nach dem Vorkurs:

Bereits vor dem Anwachsen der Fluchtbewegungen war die zusätzliche Sprachförderung für SchülerInnen mit Migrationshintergrund mit zwei Stunden pro Grund- und Oberschule in der Stadtgemeinde Bremen zu gering ausgestattet. Mit der Integration Geflüchteter in die Regelklassen nach dem Besuch der Vorkurse stellt sich diese Aufgabe in neuem Maßstab. Im Haushaltsentwurf lesen wir darüber nichts. Als erster Schritt ist eine Aufstockung auf durchschnittlich eine halbe Stelle pro Grund- und Oberschule zu fordern.

Fort- und Weiterbildung:

Die Migration wird sich fortsetzen, sei es durch Flucht oder durch Einwanderung. Der Bedarf am Fach »Deutsch als Zweitsprache« wächst. Aufgrund der Schließung des Studienganges an der Universität Bremen kann dieser mittelfristig nicht

gedeckt werden. Dies macht eine Weiterbildung nach dem Vorbild der Weiterbildung »Inklusive Pädagogik« notwendig.

Inklusion:

Inzwischen gibt es selbst die Behörde zu: Der Bedarf an Förderung im Inklusionsprozess ist höher, als vor Beginn 2010 veranschlagt. Nun werden für Bremen und Bremerhaven ganze 26 Stellen neu eingeplant. Nach unserer Schätzung sind allein in Bremen zur ausreichenden Finanzierung der Inklusion ca. 100 neue Stellen erforderlich.

Qualität im Ganztag:

Neue Studien zeigen: Bremen gibt am wenigsten aus. Pro Klasse und Jahr fehlen ca. 10000 Euro. Eine Verdoppelung der LehrerInnenstunden für den Ganztag steht an, um auf den Bundesdurchschnitt zu kommen.

Es ist richtig: Zusätzliche Stellen sind geschaffen worden, aber es reicht hinten und vorne nicht.

Wir fordern Senat und Bürgerschaft auf, für eine ausreichende Personalversorgung der Schulen zu sorgen. Mindestens 300 Stellen mehr, damit die Ausstattung nicht schlechter wird!

Nachtrag:

Kurz nach der Mitgliederversammlung wurde am 28. Mai bekannt, dass die Koalitionsparteien 56 weitere Stellen für die Inklusion bereitstellen. Man wollte wohl dem Vorwurf der offensichtlichen Mogelei begegnen. Jedoch wurde die Bedingung, die Stellen aus dem Bestand zu »erwirtschaften« nicht aufgegeben. Jetzt soll u.a. das Mensaessen teurer werden. j.b.